

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

76. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 23. Mai 2002, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Unterrichtung des Finanzministers über die Entwicklung der Steuereinnahmen	5
Umdrucke 15/2112, 15/2117, 15/2188	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1768	
3. Stiftung Schloss Glücksburg	7
(vgl. 73. Finanzausschusssitzung am 18. April 2002) Umdrucke 15/2038, 15/2166, 15/2178, 15/2183, 15/2203	
4. Erfolgskontrolle von Fördermaßnahmen	8
(vgl. 69. Finanzausschusssitzung am 14. Februar 2002)	
5. Maßnahmen gegen Frühpensionierungen	9
(vgl. 73. Finanzausschusssitzung am 18. April 2002; Umdruck 15/1982) Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2114	
6. Veräußerung der Liegenschaft ehemaliges Staatliches Umweltamt in Schleswig, Gottorfstraße 3	11
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2109	
7. Neukonzeption des automatisierten Besteuerungsverfahrens - Projekt FISCUS -	12
Umdruck 15/2108	
8. Neustrukturierung der Steuerverwaltung	13
9. Probleme der Landesbezirkskassen bei der Euro-Umstellung	14

10. Aufstellung der Haushaltsrechnung 2000	15
hier: Vorlage der Unterlagen durch die Ressorts	
 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2111	
11. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2002	16
12. Information/Kennntnisnahme	17
13. Verschiedenes	18
14. Stand der Ermittlungen in Sachen Schmiergeldzahlungen beim Bau der Sonderabfallverbrennungsanlage Brunsbüttel	19

- nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO -

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Unterrichtung des Finanzministers über die Entwicklung der Steuereinnahmen

Umdrucke 15/2112, 15/2117, 15/2188

M Möller unterrichtet den Ausschuss über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung, auf die er wie fast alle Bundesländer mit einer Haushaltssperre reagiere, die höchstwahrscheinlich bis zum Jahresende durchlaufen werde. Sollten in der neuen Wahlperiode des Bundestages keine wesentlichen Strukturmaßnahmen ergriffen werden, die zu deutlichen Einsparungen führten und die Steuereinnahmen stabilisierten, werde man das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zum angestrebten Zeitpunkt nicht erreichen.

Abg. Wiegard fordert die Landesregierung auf, angesichts der Dimension der Steuermindereinnahmen einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

Auf eine Frage von Abg. Kubicki zu den Auswirkungen des im Sommer erwarteten Urteils des Europäischen Gerichtshofs über die Verzinsung des Haftkapitals bei der Westdeutschen Landesbank erwidert der Minister, er rechne nicht damit, dass das Urteil dem Land 2002 zusätzliche Einnahmen bescheren werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes
für das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1768

(überwiesen am 15. Mai 2002)

hierzu: Umdrucke 15/1177 und 15/2206

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, eine gemeinsame Anhörung durchzuführen und dazu die von der CDU-Fraktion in Umdruck 15/2206 benannten Organisationen und Personen inklusive der Gewerkschaften einzuladen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stiftung Schloss Glücksburg

(vgl. 73. Finanzausschusssitzung am 18. April 2002)

Umdrucke 15/2038, 15/2166, 15/2178, 15/2183, 15/2203

Die Vorsitzende macht auf widersprüchliche Aussagen zwischen der Vorlage des Bildungsministeriums, Umdruck 15/2038, und dem Schreiben des Notars der Stiftung, Umdruck 15/2183, aufmerksam und bittet AL Dr. Carl, diese Widersprüchlichkeiten in einem Gespräch mit ihr auszuräumen, damit sich der Ausschuss im September abschließend mit der Thematik befassen kann. Außerdem regt sie an, eine Finanzausschusssitzung auf Schloss Glücksburg abzuhalten.

Dem Antrag auf Freigabe von 40.000 € Landesmitteln zur Sanierung der beiden Südtürme des Schlosses gibt der Ausschuss einstimmig statt. - Abg. Neugebauer legt Wert auf die Feststellung, dass damit keine Anerkennung der Rechtspositionen der Stiftung verbunden sei und die Denkmalpflege die Sanierungsbedürftigkeit bestätige.

Abg. Heinold bittet die Regierung darum, den Ausschuss über den tatsächlichen Sanierungsbedarf des Schlosses insgesamt zu unterrichten.

Abg. Wiegard erwartet von der Landesregierung, dass sie sich darum bemühe, in den strittigen Fragen mit der Stiftung Einvernehmen zu erzielen.

Abg. Neugebauer bittet das Kultusministerium, als Beratungs- und Entscheidungsgrundlage für die Fraktionen die Auseinandersetzungen zwischen Land und Stiftung inklusive der Haltung des Landesrechnungshofs noch einmal kurz darzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Erfolgskontrolle von Fördermaßnahmen

(vgl. 69. Finanzausschusssitzung am 14. Februar 2002)

Herr Behmenburg führt aus, die geförderten Unternehmen müssten spätestens sechs Monate nach Abschluss des Investitionsvorhabens in einem Verwendungsnachweis gegenüber der Investitionsbank innerhalb der Bindungsfrist von fünf Jahren den Umfang und Verbleib der geschaffenen Arbeitsplätze beziehungsweise Wirtschaftsgüter belegen. In 10 % der Fördermaßnahmen nehme die Investitionsbank Stichproben vor Ort vor. Die Rückforderungsquote sei in Schleswig-Holstein mit 0,72 % der bewilligten Mittel im Bundesvergleich sehr niedrig.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Maßnahmen gegen Frühpensionierungen

(vgl. 73. Finanzausschusssitzung am 18. April 2002; Umdruck 15/1982)

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/2114

Die Vorsitzende wiederholt das Petikum des Finanzausschusses, der Innen- und Rechtsausschuss möge sich mit der Thematik befassen.

RL Seeck trägt den Inhalt des Umdrucks 15/2114 vor und teilt mit, dass die Neufassung der Verwaltungsvorschriften für die amtsärztliche Untersuchung noch in diesem Halbjahr im Amtsblatt veröffentlicht werde.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, sowohl auf Landes- als auch insbesondere auf Bundesebene die Regelungen zur Weiterbeschäftigung beziehungsweise Reaktivierung von Beamtinnen und Beamten mit eingeschränkter Dienstfähigkeit sowie zur anderweitigen Verwendung zur Vermeidung der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit schnellstmöglich zu optimieren. - Abg. Heinold gibt in diesem Zusammenhang zu überlegen, eine Anlaufstelle einzurichten, an die sich betroffene Beamtinnen und Beamte mit dem Wunsch nach Versetzung in anderen Arbeitsbereich wenden könnten.

Abg. Astrup möchte sichergestellt wissen, dass dem Wunsch von Beamtinnen und Beamten, ihre Arbeitszeit aus persönlichen Gründen jederzeit reduzieren zu können, keine rechtlichen Regelungen entgegenstünden. Er kritisiert, dass einige frühpensionierte Beamtinnen und Beamten aus einer anderen Tätigkeit zum Teil beträchtliche Einkünfte erzielen, und stellt fest, dass es hinsichtlich der relativen Größenordnung von Frühpensionierungen in den einzelnen Bereichen (Schule, Hochschule, Polizei, Steuerverwaltung, übrige Verwaltung) keine signifikanten Unterschiede gebe.

Abg. Spoorendonk erkundigt sich nach dem Stand der in der Vorlage genannten Qualifizierungs- und Verwendungskonzepte für einen anderweitigen Einsatz von von Frühpensionierung bedrohten Beamtinnen und Beamten.

RL Seeck macht darauf aufmerksam, dass die angedachte Untersuchung der Ursachen von Dienstunfähigkeit viel Zeit dauern würde. Die Ausübung von Nebentätigkeiten sei gegenüber dem Landesbesoldungsamt anzeigepflichtig. Die Möglichkeiten der Umsetzung von von Dienstunfähigkeit bedrohten Beamtinnen und Beamten inklusive Laufbahnwechsel sowie der Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung seien nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen gewährleistet.

Herr Bellin teilt mit, dass sowohl im Angestelltenbereich als auch im Beamtenbereich rund ein Viertel der Beschäftigten mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Erwerbsleben ausscheide.

Die Vorsitzende möchte wissen, wie viele Frühpensionärinnen und Frühpensionäre beim Landesbesoldungsamt eine Tätigkeit angezeigt hätten.

VP Qualen begrüßt, dass sich Landesregierung und Landesrechnungshof beim Thema Vermeidung von Frühpensionierung von Beamtinnen und Beamten weitgehend einig seien. Es sei von zentraler Bedeutung, frühzeitig dienstrechtliche Maßnahmen zur Vermeidung von Frühpensionierung zu ergreifen (Gespräche) und die Bereitschaft anderweitiger Verwendung zu erhöhen.

Abg. Neugebauer begrüßt die Bemerkungen des Landesrechnungshofs zum Thema „vorzeitige Zuruhesetzung von Landesbeamtinnen und -beamten wegen Dienstunfähigkeit“ und erwartet von der Landesregierung, alle landesrechtlichen Möglichkeiten zur Vermeidung von Frühpensionierungen auszuschöpfen, und vom Bundesgesetzgeber, die rahmenrechtlichen Restriktionen zu beseitigen.

St Döring kündigt an, die Landesregierung werde sich kurzfristig mit der Thematik und einer Änderung des Landesbeamtengesetzes befassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Liegenschaft ehemaliges Staatliches Umweltamt in
Schleswig, Gottorfstraße 3**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/2109

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Neukonzeption des automatisierten Besteuerungsverfahrens
- Projekt FISCUS -**

Umdruck 15/2108

St Döring führt kurz in die Vorlage ein.

VP Qualen erklärt, der Landesrechnungshof halte das Projekt FISCUS für unverzichtbar, auch wenn die Änderung des Finanzierungsschlüssels zu jährlichen Mehrbelastungen von 201.600 € führe.

Auch Abg. Neugebauer und Abg. Arp unterstützen das Finanzministerium beim Projekt FISCUS.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Neustrukturierung der Steuerverwaltung

St Döring trägt vor, die zur Neustrukturierung der Steuerverwaltung Anfang des Jahres eingesetzten Arbeitsgruppen hätten ihre Arbeiten zu 90 % erledigt; nach dem bisherigen Projektverlauf seien keine bedeutsamen Hindernisse für die Neuorganisation erkennbar, von der man sich Synergieeffekte, die Bündelung der Dienst- und Fachaufsicht auf einer Behördenebene, eine größere Basisnähe des Ministeriums und die Verkürzung von Dienstwegen verspreche. Eckpunkte für einen zweistufigen Aufbau der Steuerverwaltung seien die Auflösung der Oberfinanzdirektion Kiel unter Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Ministerien und Finanzämtern sowie die Einrichtung eines zugeordneten Amtes, das insbesondere die Aufgaben der Automationsreferate der heutigen OFD und Teile der Organisation übernehmen solle. Der Staatssekretär macht deutlich, dass es sich bei der Reorganisation dieses Verwaltungsbereiches nicht in erster Linie um ein Projekt handle, bei dem das Ziel von Stelleneinsparungen im Vordergrund stehe, sondern um eine Verbesserung der Effizienz der Steuerverwaltung.

Abg. Arp unterstützt den Aufbau einer zweistufigen Steuerverwaltung und die damit verbundene Auflösung der Oberfinanzdirektion und thematisiert die Auswirkungen auf die von der Reorganisation betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Kompetenzen der einzelnen Finanzämter.

St Döring geht davon aus, im Dialog mit den Personalvertretungen tragfähige Lösungen zu finden, die den Interessen des Dienstherrn Rechnung trügen und die Interessen der Beschäftigten berücksichtigten. Aufgaben sollten so weit wie möglich auf die Finanzämter delegiert werden. Zu den personellen Auswirkungen könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussagen machen. Mit Zustimmung des Kabinetts werde man im Sommer mit den Arbeiten zur Umsetzung der neuen Organisationsform beginnen, die spätestens Ende 2003 abgeschlossen sein solle.

Abg. Heinold setzt sich dafür ein, alles zu tun, um die Einnahmeverwaltung des Landes zu stärken.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Probleme der Landesbezirkskassen bei der Euro-Umstellung

St Döring berichtet über die Lage der Landesbezirkskassen, Umdruck 15/2190.

Abg. Arp thematisiert die Situation der Beschäftigten der Landesbezirkskassen.

Staatssekretär Döring räumt ein, dass die Lage für die Beschäftigten der Landesbezirkskassen schwierig sei. Man bemühe sich, das Kassenpersonal vor Ort unter anderem in Finanzämtern, Ämtern für ländliche Räume, Fachhochschule oder Gerichtsbarkeit unterzubringen. Nachdem aufgrund technischer Probleme anfangs keine Mahnungen hätten herausgegeben werden können, werde das Land die so entstandenen Zinsverluste der Firma in Rechnung stellen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Aufstellung der Haushaltsrechnung 2000
hier: Vorlage der Unterlagen durch die Ressorts

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/2111

Die Vorlage wird der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ zur Beratung überwiesen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2002

Der Ausschuss legt folgende Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2002 fest - jeweils donnerstags, 10 Uhr -: 22. August, 5. September, 19. September, 3. Oktober, 31. Oktober, 7. November, 21. November, 28. November, 5. Dezember, 19. Dezember.

Über die Terminplanung der Haushaltsberatungen sowie der Beratung der Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ kann sich der Ausschuss nicht verständigen. Die Vorsitzende bittet die Fraktionen, gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 29. Mai 2002 Terminvorschläge zu unterbreiten.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/2040 - Städtebauförderung

Umdruck 15/2110 - Wohnungsbau

Umdruck 15/2112 - Steueraufkommen

Umdruck 15/2113 - Nebentätigkeitsverordnung

Umdruck 15/2158 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Bei Umdruck 15/2113 - Nebentätigkeitsverordnung - wird das Bildungsministerium aufgefordert, dem Ausschuss mitzuteilen, bei welcher Stelle (Schule oder Schulaufsicht) eine Lehrkraft eine Nebentätigkeit beantragt, die dabei erzielten Entgelte anzeigt, gegebenenfalls abführt und in welcher Größenordnung sich die Summe der abgelieferten Entgelte von Lehrkräften etwa bewegt.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende mahnt den ihm Umdruck 15/1726 - Preisbildungs- und Prüfungsstelle - vom Wirtschaftsministerium für die erste Jahreshälfte zugesagten Bericht an.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 13:00 Uhr.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**Stand der Ermittlungen in Sachen Schmiergeldzahlungen
beim Bau der Sonderabfallverbrennungsanlage Brunsbüttel**

- nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO -

(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 23)

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

Ursula Kähler

Vorsitzende

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer